

Anlage 4 (Antragsformular)  
 Allgemeine Vorschrift Stadtbusverkehr Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm

# Antrag

Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm  
 Hauptplatz 18  
 85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm

zur Berechnung und Auszahlung des ex-ante-  
 Ausgleichs für die Finanzierung des  
 Stadtbusverkehrs in der Stadt Pfaffenhofen a. d.  
 Ilm aufgrund der allgemeinen Vorschrift vom  
 11.10.2018

(Vermeidung von Überzahlung)

## I. Allgemeine Angaben

1. **Name des Unternehmens**

Betriebssitz PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Ansprechpartner/-in

Telefon-Nr. / Telefax-Nr.

E-Mail-Adresse

Bankverbindung

IBAN	
BIC	

Geldinstitut

2. **Name des Beauftragten, wenn Dritte den Antrag stellen**

Betriebssitz PLZ, Ort

Straße, Haus-Nr.

Ansprechpartner/-in

Telefon-Nr. / Telefax-Nr.

E-Mail-Adresse

Bankverbindung

Geldinstitut

Inkassovollmacht

Zustellungsvollmacht

IBAN			
BIC			
ja		nein	
ja		nein	

## Anlage 4 (Antragsformular) Allgemeine Vorschrift Stadtbusverkehr Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm

Der maximal mögliche ex-ante-Ausgleich setzt sich wie folgt zusammen:

- Der nach Benchmarkabfrage ermittelte Kostensatz eines durchschnittlich gut geführten Unternehmens i. H.v. 2,73 Euro / Nutzwagenkilometer (Netto-Zuschuss);
- zzgl. einer Rendite in Höhe von 4,75 % bezogen auf den Umsatz inkl. Netto-Zuschuss;
- zzgl. 7 % Umsatzsteuer.

Der Antragsteller erklärt, dass

- er die notwendige Verkehrsleistung nach Anlage 2 sowie
- die Anforderungen an die Qualität der Verkehrsbedienung nach Anlage 3

der allgemeinen Vorschrift für den Stadtbusverkehr in der Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm erfüllen wird. Abweichungen sind zu dokumentieren.

Der Antragsteller erklärt weiterhin, dass

- ihm bekannt ist, dass nur ein vollständiger und fristgerechter Antrag bearbeitet wird;
- ihm die allgemeine Vorschrift des Aufgabenträgers für Pfaffenhofen a. d. Ilm bekannt ist und die darin enthaltenen Verpflichtungen, von ihm beachtet werden;
- Bis zum 30.04. des auf das Ausgleichsjahr folgenden Jahres ein Testat eines Wirtschaftsprüfers vorgelegt wird, dass die Übereinstimmung mit den beihilferechtlichen Voraussetzungen der VO (EG) Nr. 1370/2007 und ggf. eine Überkompensation bescheinigt;
- bekannt ist, dass die gemachten Angaben subventionserheblich i.S.d. § 264 StGB sind;
- Es wird versichert, dass die Angaben in diesem Antrag nach bestem Wissen und vollständig gemacht worden sind.

---

Ort, Datum,  
Erklärung des Antragstellers

---

Unterschrift, Firmenstempel